



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 19. März 2014

TOP 15: Berichtsantrag zum Gedenkstättenkonzept der Landesregierung (Drucksache 18/1649)

Jürgen Weber:

Für das Projekt „Lernort Neulandhalle“ Perspektiven entwickeln

Mit Zustimmung aller Parteien des Landtages erklärte Kulturminister Dr. Klug 2011 zum Thema „Neulandhalle“: „Die Landesregierung wird den Vorschlag, das Gebäude zu einem Ort der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu entwickeln, unterstützen.“

Dieses Projekt setzte fachlich einen neuen Fokus: Eingebettet in den ehemaligen „Adolf-Hitler-Koog“ ist die Neulandhalle Stätte einer ideologisch aufgeladenen Manifestation der NS-Volksgemeinschaft sowie des NS-Lebensraumprogramms. Sie zählt zu den raren noch existenten Orten, an denen sich eines dieser in der NS-Selbstdarstellung eng miteinander verknüpften NS-Konzepte baulich und programmatisch ausdrückte. Es gibt im In- und Ausland keinen weiteren authentischen Ort, der beide ideologischen Kernkonzepte des Nationalsozialismus so nachvollziehbar in einer baulichen Hinterlassenschaft verkörpert.

Im historischen Lernort Neulandhalle sollen Fragen nach der gesellschaftlichen Verankerung der „NS-Zustimmungsdiktatur“ exemplarisch bearbeitet werden. In das Konzept des Lernortes integriert ist die Kooperation mit KZ-Gedenkstätten (Neuengamme, Ladelund) und weiteren Einrichtungen.

Wer Neues will, findet in der etablierten Zunft nicht nur Zustimmung, und natürlich war es ambitioniert, bei der Bundeskulturbeauftragten gleichzeitig erhebliche Mittel für die Neulandhalle einerseits und einen Bruchteil des Betrages für die Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Ladelund andererseits zu beantragen: also zwei Projekte, die die Realitäten des Nationalsozialismus in

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Schleswig-Holstein von völlig unterschiedlichen Blickwinkeln her beleuchten. Man ließ Schleswig-Holstein nicht gänzlich leer ausgehen und bewilligte den finanziell kleinen, inhaltlich traditionellen Antrag.

Über die Gründe für die Ablehnung der Bundesförderung für das Neulandhallen-Projekt kann man Mutmaßungen anstellen. Aber wenn es in der Ablehnungsbegründung heißt: „Das Gremium hält eine Gedenkstätte und ein Museum an diesem Ort für nicht angemessen, vielmehr eignet sich die Neulandhalle als Bildungsstätte,“ obwohl nie von einer Gedenkstätte die Rede war, sondern von einem historischen Lernort, und das Wort Museum im Antrag gar nicht auftauchte, hat man wohl den Antrag, den man ablehnte, gar nicht erst gelesen. Die Mitglieder des Expertengremiums zur Beratung bei der Mittelvergabe des Bundesgedenkstättenfonds sind gewiss Fachleute für traditionelle Erinnerungsarbeit, aber als Repräsentanten der großen einschlägigen Institutionen fast durchweg auch interessierte Partei. Jedenfalls lagen, wie man hört, auch nicht geringe Anträge aus den eigenen Reihen vor.

Das Land ist mit einem Außenseiterprojekt – von manchen Gedenkstätten auch in Schleswig-Holstein als gefühlte Konkurrenz betrachtet, auf Bundesebene sogar als ganz reale Konkurrenz um geringe Restmittel der Bundesförderung – gescheitert. Genauso ist es vor einem Jahr dem Münchner Institut für Zeitgeschichte für ein Projekt am Obersalzberg – also auch kein Opfer-, sondern ein Täterort – ergangen, das jetzt vom Land Bayern allein finanziert wird.

Wir alle wissen, dass Schleswig-Holstein bei der Durchsetzung und bei der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Herrschaft eine besonders unrühmliche Rolle gespielt hat, indem die NSDAP hier bereits bei freien Wahlen auf absolute Mehrheiten kam und weil die Loyalität zum System weit über dem deutschen Durchschnitt lag.

Mit diesem Gedenken hat man sich in unserem Land lange Zeit schwergetan, und es waren nicht Initiativen des Landes und der Kommunen, sondern die von engagierten Bürgern, die uns zu einer Vielzahl von Gedenkstätten für Konzentrationsaußenlager und andere Stätten der Unterdrückung verholfen haben. Darüber hat die Landesregierung zuletzt 2011 einen Bericht vorgelegt.

Aus unserer ganz eigenen NS-Geschichte mit ganz eigenen Nachwirkungen und Lasten resultiert eine besondere Verpflichtung, sich der Geschichte zu stellen, auch und insbesondere auf dem Feld des (außer-)schulischen Lernens.

Ich bin Frau Ministerin Spoorendonk dankbar, dass sie diese über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen nicht als etwas Selbstverständliches hinnimmt, sondern frühzeitig nach ihrem Amtsantritt zu einem Runden Tisch zur Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und der Erinnerungsarbeit eingeladen hat. Und sie führt diesen Dialog nicht mit leerer Hand. Ich erinnere daran, dass die Koalition die Mittel für die Gedenkstättenarbeit, die 2012 bei 88.000 Euro lagen, für 2014 auf 230.000 Euro angehoben hat.

Der negative Bescheid bedeutet nicht automatisch das Ende der Bemühungen, die Neulandhalle als Lernort zu erhalten. Die Evangelische Kirche als Eigentümerin steht nicht mit der Abrissbirne vor der Tür, will aber wegen der laufenden Kosten natürlich in nächster Zeit eine Grundsatzentscheidung. Es ist aller Achtung wert, dass sie der Versuchung widerstanden hat, das Gebäude auf dem freien Markt anzubieten.

Wir müssen deshalb für das Projekt „Lernort Neulandhalle“ neue Überlegungen anstellen und Perspektiven entwickeln, wie wir Gedenkarbeit incl. der Neulandhalle weiter gestalten wollen. Das wird ohne eine auch kontroverse öffentliche Debatte nicht zu haben sein. Dass wir diese dringend brauchen, zeigt das vorläufige und hoffentlich nicht endgültige Schicksal des Projekts Neulandhalle.